

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P. XXV/64

Bonn, den 7. April 1970

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
1 - 1a	Ein schreckliches Alarmzeichen ----- Bundeskanzler Willy Brandt: "Der Mord in Guatemala geht die gesamte zivilisierte Welt an"	65
2	Politik und Sprache ----- Deutsch reden ist auch eine Kunst Von Wolfgang Schwabe, MdB	51
3 - 4	Israels vorsichtiger Kampf für das Auswanderungs- ----- recht der Juden in der UdSSR ----- Von J. E. Palmor, Israel	54

SELBSTBESTIMMUNG UND EINGLIEDERUNG bringt heute:

Brandt: Reale Verbesserung der Verhältnisse  
Weitere Schritte zur Gleichstellung der Flüchtlinge  
Beschleunigte Zahlung der Hauptentschädigung  
Eine politische Straße  
Prager Bemühungen um Bürger deutscher Nationalität  
Polnische Attacke gegen Olympische Spiele in München  
Deutsche Arbeiterbewegung in Polen

Ein schreckliches Alarmzeichen

Der Mord in Guatemala geht die gesamte zivilisierte Welt an

- \* \* \* \* \*
- \* "Hiermit ist ein Problem aufgeworfen, das die gesamte
  - \* zivilisierte Welt angeht. Die Zusammenarbeit der
  - \* Staaten wird ernstlich bedroht, wenn es nicht gelingt,
  - \* terroristischen Aktionen einen Riegel vorzuschieben".
- \* Bundeskanzler WILLY BRANDT in seiner Erklärung zur
- \* Ermordung des deutschen Botschafters in Guatemala,
- \* Karl Graf von Spreti.
- \* \* \* \* \*

sp - Die gesamte zivilisierte Welt hat das an Graf von Spreti begangene Verbrechen verurteilt. Bei der Verurteilung allein soll es nicht bleiben. Wie es heißt, wird zur Zeit überall geprüft, mit welchen wirkungsvollen Mitteln eben diese zivilisierte Welt ihre Botschafter in fremden Ländern schützen kann und wie Entführungen und Mordanschläge in Zukunft vermieden werden können. Hier und dort dürfte es ausreichend sein, wenn man den Botschaften qualifiziertes Sicherheitspersonal beigibt und die führenden Männer der Auslandsmissionen besser als bisher bewacht.

Aber wie soll man in einem Land agieren, in dem der politische Terror seit Jahren beinahe zum täglichen Leben gehört? Wie kann man exponierte Persönlichkeiten in Ländern schützen, in denen die Regierungen wie die Jahreszeiten wechseln, Untergrundbewegungen, offizielle und private Armeen sich einen ständigen Kampf um die Macht liefern und obendrein noch wirtschaftliche Konkurrenzkämpfe großer in- und ausländischer Firmen in die Politik des betreffenden Landes hineinspielen?

In früheren Zeiten schickte man schon ein Kanonenboot in den Hafen eines fremden Landes, wenn der Botschafter des eigenen Landes auch nur beleidigt wurde. Bei Mord wurden ganze Expeditionskorps ausgerüstet, denen man den Befehl gab, alles niederzuschlagen und niederzuschießen, was sich in den Weg stellt. Strafexpeditionen

nannte man damals einen solchen Vorgang.

Heute ist das alles nicht mehr möglich. Je komplizierter die Beziehungen der Staaten untereinander geworden sind, je deutlicher innenpolitische Auseinandersetzungen und revolutionäre Erscheinungen in einem Land sich auch auf die außenpolitischen Beziehungen auswirken, umso eher besteht bei Auslösung von Gewaltakten die Möglichkeit weltweiter internationaler Komplikationen, in die unter Umständen dann auch Mächte hineingezogen werden können, die als "letztes Mittel" ihrer Aktionsmöglichkeiten über Atom- und Wasserstoffbomben verfügen.

Mord und Terror als Mittel der Politik sind in keinem Fall zu rechtfertigen. Wenn sich aber in einem Land Zustände entwickelt haben, bei denen niemand mehr sagen kann, wer nun der brutalere Mörder ist, die Regierenden oder die Regierten, werden Appelle an die Einsicht in unmoralische Verhaltensweisen wenig nützen. Und wo solche Zustände feststellbar sind, wird wohl kaum etwas anderes übrig bleiben, als die Beziehungen zu dem betreffenden Land - wenn überhaupt - mit Hilfe des normalen Postverkehrs aufrechtzuerhalten.

Man sage nicht, daß sich in unseren zivilisierten Breiten ähnliches, wie es in Guatemala jetzt geschehen ist, nicht auch ereignen könnte. Noch vor wenigen Jahren hat in unserem Nachbarland Frankreich und auch im Ausland die berüchtigte OAS systematisch Mordanschläge und Entführungen organisiert; zum Teil sogar mit recht erheblichem Erfolg. In Irland liefern sich seit Monaten Protestanten und Katholiken erbitterte Straßenschlachten. Und wenn in dem gewiß doch zivilisierten Japan neun mit mittelalterlichen Samurai-Schwertern bewaffnete Studenten in der Lage sind, ein Flugzeug zu entführen und die ganze Welt tagelang in Atem zu halten, dann zeigt dies nur, welches Unheil auch heute noch eine handvoll fanatisierter Menschen anrichten kann.

Die Ermordung des deutschen Botschafters in Guatemala ist ein schreckliches Alarmzeichen, das die ganze Welt zum Nachdenken darüber zwingt, ob die von ihr gesetzten "Ordnungen" ausreichen, um Fanatismus und mörderische Brutalität sinn- und gegenstandslos werden zu lassen.

## Politik und Sprache

### Deutsch reden ist auch eine Kunst

Von Wolfgang Schwabe, MdB

Wir haben soeben in Hessen den keineswegs alltäglichen Vorgang der Verfassungsänderung durch eine Volksabstimmung gewagt und wir haben gewonnen. Mit 18 Jahren darf man in Zukunft wählen, mit 21 kann man gewählt werden.

Wählen und gewählt werden setzt eine Kenntnis der politischen Sachlage voraus. Weil sich viele junge Menschen überraschend vor diese neue Sachlage gestellt sehen werden, mag hoffentlich ein höheres Maß an Informationsbedürfnis als seither vorhanden oder aber zu wecken sein.

Der gewünschte Erfolg wird - unabhängig vom parteipolitischen Gehalt der Information - auch davon abhängig sein, ob man aus der gekünstelten Sachsprache, dem Partei-Chinesisch oder dem Politologen-Deutsch zu einer leicht verständlichen und trotzdem zutreffenden Aussage findet.

Der mit weitem Abstand größte Teil der Wähler und der Jungwähler hat weder das Gymnasium noch die Universität besucht. Er interessiert sich trotzdem für eine ständige politische Information und er hat einen Anspruch auf eine klare, leicht faßbare Ausdrucksweise.

Was geschieht indessen? Man versucht, ihn zu "aktivieren" und "koordinierte Protestaktionen" an der "Basis" zu starten. Er wird aufgefordert, die Älteren, die Eltern, die Lehrer und natürlich alle politisch "Etablierten" in ständige, wenn auch "begrenzte Konfliktsituationen" zu bringen. "Mandatsträger" sind "inquisitorisch zu kontrollieren", wo immer möglich, sind "personelle Alternativen" zu schaffen; wo einer nun wirklich gewählt ist, soll er ein "imperatives Mandat" ausüben und nicht vom "Parteiestablishment integriert" werden. Wie er sich wirklich verhält, wird anhand einer Gesellschafts- und einer nachfolgend zu erstellenden "Parteianalyse" mit Hilfe "objektiver Kriterien" ermittelt. Möglicherweise wird dergestalt ein "seelischer Exhibitionismus" heraufbeschworen, der auch von jedem nur teilweise fremdwort-kundigen Leser als unanständig abzulehnen ist.

Damit sind wir keineswegs am Ende der Blütenlese eines einzigen Tages. Da müssen noch "hierarchisch-autoritäre Strukturen" abgebaut werden. Da müssen unverzüglich die "sozialpsychologischen Mechanismen" zur Entstehung von "Aggressivität" ebenso untersucht werden wie die "Konfliktbewältigung" oder aber die "psychischen Deformationen" mit ihren letztlich nach außen geleiteten Folgen "kollektiver Aggressivität".

Man sieht, es müssen viele "Lernprozesse" veranlaßt, viele "Denkmechanismen nachvollzogen", kritisiert oder unterbunden werden. Das "duale Ausbildungssystem" reicht dazu nicht aus und ebensowenig dazu, sich über "Individualbesitztitel" und "Infrastrukturinvestitionen" klar zu werden.

Wie schließlich sollen "Solidarisierungsprozesse" und "Kooperationen" zustandekommen, wenn der größere Teil der Angesprochenen nicht weiß, was das ist, und der kleinere, der fordernde Teil, es auch nicht ganz genau weiß und vielleicht gerade deshalb seine mühsam erlernten Kathederweisheiten nicht umzumünzen versteht in die Sprache der Mehrzahl seiner Mitbürger.

Es gab einmal lächerliche Deutschtümler, die aus dem "Explosionsmotor" einen "Zerknalltreibling" machen wollten. Mit ihnen hat man nichts gemein, wenn man alle, die es angeht, bittet, eine allgemein verständliche Sprache zu finden für den weiten Bereich des politischen Zusammenlebens.

Israels vorsichtiger Kampf für das Auswanderungs-

-----  
recht der Juden in der UdSSR  
-----

Von J. E. Palmon, Israel

Das israelische Parlament hatte sich in den letzten Wochen immer wieder mit Fragen der Auswanderung der Juden aus der UdSSR zu befassen. Waren die Juden in der Sowjetunion zur Zeit Stalins zu völligem Schweigen verurteilt, finden sich heute unter ihnen immer wieder Gruppen, die in offenen Briefen und in Notizen, die sie ausländischen Korrespondenten übergeben, das Recht auf Auswanderung fordern.

Die Sowjetregierung hat angesichts dieser Kundgebungen Gruppen von Juden, die zur kommunistischen Partei gehören und staatliche Funktionen bekleiden, zu öffentlichen Erklärungen gegen den Zionismus und gegen Israel veranlaßt. In der UN-Zentrale in New York erscheint in fast jeder Nummer des Bulletins der sowjetischen Botschaft Material über antiisraelische Angriffe in der sowjetischen Presse.

Die Regierung Israels weiß, daß aus außenpolitischen Gründen der Kampf um die Rechte der Juden der Sowjetunion unter ihrer strengen Kontrolle geführt werden muß. Die Jerusalemer Regierung will auf Grund ihrer diplomatischen Stellung und gemäß der delikaten Konstellation in den Vereinten Nationen vermeiden, daß die Demonstrationen für die Rechte der Juden der UdSSR in Tötlichkeiten ausarten.

Als ein aus der UdSSR nach Israel gekommener Student namens Kaskov einen Hungerstreik vor dem UN-Gebäude in New York begonnen hatte, piff die Regierung ihm zurück. Die Regierung in Israel hat jetzt einen besonderen Kabinettsausschuß unter Vorsitz des Ministers Gaili eingesetzt, der die Richtlinien für das Ringen um die Rechte der Juden in der Sowjetunion festlegen soll. Als im israelischen Parlament unter

anderem vorgeschlagen wurde, allen Juden, die sich für eine Auswanderung aus der UdSSR entschlossen haben, von vornherein das israelische Bürgerrecht zu verleihen, lehnte Ministerpräsident Golda Meir dies entschieden ab, weil eine Gefährdung israelischer Bürger, die mit Ostblockstaaten in Kontakt kommen, die Folge davon sein könnte. Sie sprach sich überhaupt dafür aus, eine öffentliche Debatte zu vermeiden, und ihrem Wunsch gemäß wurde die Angelegenheit dann auch an den aussenpolitischen Ausschuß des Parlaments verwiesen. Golda Meir betonte, daß ihre Regierung die Stimme der Juden der Sowjetunion natürlich keineswegs ersticken wolle. Sie habe das Recht dieser jüdischen Gruppe stets vertreten, auch wenn dies den Russen nicht gefallen habe. Doch müsse dieser Kampf in angemessener und politisch wirksamer Weise geführt werden.

Im Moment konzentriert sich Israel darauf, alle nur erreichbaren Stellen im Rahmen der UN zu interessieren. Sie macht darauf aufmerksam, daß die Auswanderungsverweigerung eine Verletzung der Menschenrechte darstellt. Der sowjetische UN-Botschafter Malik dagegen spricht von "internen Angelegenheiten der UdSSR", doch hat er mit seinen Argumenten einen schwierigen Stand, weil die UdSSR bei anderen Ländern das Argument der Nichteinmischung bei Verletzung der Menschenrechte nicht gelten lassen will. Israels Botschafter Tekoa "bombardiert" die UN-Stellen förmlich mit Noten wegen der Juden in der UdSSR. Er hätte in dieser Frage auch mehrere Unterredungen mit Generalsekretär U Thant, der Verständnis zeigte und anscheinend auch schon gewisse Interventionen unternommen hat.

Golda Meir bemerkte in ihrer Rede im Parlament (Knesset): "Es handelt sich um eine der größten Tragödien unserer Zeit" - aber zugleich will die Regierung kühlen Kopf bewahren und sich nicht die Initiative durch unkontrollierte Elemente aus der Hand nehmen lassen.

+ + +